



**Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg**

Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften

Institut für Soziologie

---

Sebastian Wendt

**Plattenbau, Loft oder Seniorenheim. Wie die Bevölkerung  
Sachsen-Anhalts in Zukunft wohnen wird?  
Ergebnisse der 3. Haushaltsprognose Sachsen-Anhalt 2006 bis 2025**

**A r b e i t s b e r i c h t Nr. 49**

**Internet-Fassung**

Juni, 2008

ISSN-1615-8229

## Zur Reihe der Arbeitsberichte

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und Dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

### **Impressum:**

#### **Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität**

##### *Herausgeber:*

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

##### *Anschrift:*

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
„Arbeitsberichte des Instituts“  
Postfach 41 20  
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

##### *Auflage: 150*

*Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem  
Prof. Dr. Heiko Schrader*

##### *Anmerkung:*

Ein Teil der Publikation ist im Internet abgelegt unter <http://www.unimagdeburg.de/isoz/publ/Arb.htm>

*Schutzgebühr: 2,50 €*

*Herstellung: Dezernat Allgemeine Angelegenheiten  
Sachgebiet Reproduktion*

## **Inhalt**

1	Problemaufriss und methodologische Überlegungen	5
2	Die Privathaushalte Sachsen-Anhalts im Überblick	8
3	Ursachenforschung: Welche Entwicklungen erklären den Haushaltsrückgang?	15
4	Anpassen, Gegensteuern oder Beides?	18
5	Schlussbetrachtungen	26
6	Literatur	
6.1	Monografien, Sammelbände und Zeitschriften	28
6.2	Gutachten, Gesetze und Prognosen	30
6.3	Internetquellen	30
7	Anhang	31



## 1 Problemaufriss und methodologische Überlegungen

*Geht der Mensch, kommt der Wolf.*

Diese, vermutlich uralte Weisheit, erfährt eine recht prekäre Dimension, wenn man mit dem Auto durch die, nicht mehr ganz so neuen, Bundesländer reist. Kaum ein lachendes oder spielendes Kind ist in Dörfern und Städtchen zu sehen, langsam verfallende Bauernkaten oder leer stehende Hinterlassenschaften der längst vergangenen DDR dagegen reichlich. Verantwortlich dafür: der demografische Wandel. Ein derzeit auch öffentlich kontrovers diskutiertes Phänomen und Problem, mit wenigstens zwei Dimensionen. Einerseits wird ein spürbarer Rückgang der Bevölkerung prognostiziert, andererseits muss derzeit davon ausgegangen werden, dass weniger junge Menschen und deutlich mehr alte Menschen zu zählen sein werden, das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird folglich weiter steigen und eine subjektiv wahrnehmbare „Vergreisung“ befördern. Die Folgen dieser Entwicklungen, werden jedoch in vielen Dimensionen zutage treten und politische wie ökonomische Akteure vor gewaltige Herausforderungen stellen. Eine, ist die Frage, wie dem zu erwartenden Wohnungsleerstand- und Verfall begegnet werden kann? Konkret: Welche Auswirkungen haben Rückgang und Alterung der Bevölkerung auf die Zahl und Größe der Privathaushalte in Sachsen-Anhalt? Diese Frage steht im Zentrum eines ersten Teils des folgenden Beitrags, der das Ergebnis eines studentischen Praktikums, im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, ist. Im zweiten Teil gilt es, Begründungen für die skizzierten Entwicklungen zu erarbeiten, um dann im dritten Teil mögliche Alternativen, Handlungsanleitungen und eigene Vorschläge für das „Wohnen und Zusammenleben der Zukunft“, zu unterbreiten.

Adressat dieser Expertise ist natürlich zunächst das Auftrag gebende Ministerium, da hier Leitbilder entwickelt werden und über die finanzielle Förderung alternativer Projekte oder den Abriss von Wohneinheiten entschieden werden. Da aber die Wohnungswirtschaft keine staatshoheitliche Aufgabe ist, dürften private Eigentümer wie auch die gewinnorientierte Immobilienwirtschaft, ein ausgeprägtes Interesse an zuverlässigen Prognosen, zur Entwicklung des Wohnraumbedarfs und der Situation der Privathaushalte haben. Auch aus soziologischer Perspektive ist der Privathaushalt ein interessantes Untersuchungsobjekt. So werden ihm, neben anderen, eine soziale, eine regenerative und eine Sozialisationsfunktion zugeschrieben. Der Privathaushalt ist eine Arena für die Planung, Organisation und

Realisierung sozialer Interaktionen, der Erholung und der Sozialisation der Individuen. Daneben übernimmt er eine zentrale Rolle in der Ungleichheitsforschung und der Wohlfahrtstheorie. Er ist somit die zentrale Institution bei der Vermittlung zwischen individuellen Interessen und der Sozialordnung (vgl. Berger, S. 14 ff, 1999).

Auch in Sachsen-Anhalt werden, allen demografischen Widrigkeiten zum Trotz, Wohnungen neu errichtet, wenngleich heute um mehr als die Hälfte weniger als vor zehn oder fünfzehn Jahren. So steigen die Zahlen der Wohngebäude und die gesamte zur Verfügung stehende Wohnfläche bis heute kontinuierlich an. Die Zahl der Wohnungen stieg bis 2002 auf einen Höchststand von über 1,3 Mio. an. Gleichzeitig nahm die Bevölkerung des Bundeslandes um rund 400.000 Personen auf etwa 2,4 Mio. im Jahr 2006 ab (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt). Den Antagonismus, zwischen Bevölkerungsschwund, Verfall und Abriss bei gleichzeitigem Neubau und Anstieg der Wohnfläche gilt es im Folgenden, zu analysieren.

Ein Verfahren zur Analyse ist die, in diesem Bericht auszuwertende, Haushaltsprognose. Diese ist, wie auch die „4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt 2005 bis 2025“, das Produkt einer Kooperation des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr und des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt. Diese Haushaltsprognose gibt Aufschluss über die Zahl der Privathaushalte sowie die Anzahl der darin lebenden Personen. Die Basis dieser Prognose bilden die Ergebnisse des Mikrozensus und der Bevölkerungsprognose. Der Mikrozensus ist eine, vom Gesetzgeber legitimierte, Haushaltserhebung der amtlichen Statistik. Es wird jährlich 1 % der Privathaushalte befragt, u. a. über die personelle Zusammensetzung des Haushalts (vgl. Mikrozensusgesetz, 2005). Die Ergebnisse dieser Befragung werden zur gesamten Bevölkerungsstruktur hochgerechnet, somit ist die Anpassung an den Datenbestand der Bevölkerungsprognose gewährleistet. Aussagen zum Wohnungsnachfragepotenzial lassen sich aus der Zahl der Privathaushalte einerseits, sowie der durchschnittlichen Haushaltsgröße andererseits ableiten. Die reine Anzahl der Privathaushalte ergibt sich, indem die voraussichtliche Bevölkerung durch die durchschnittliche Haushaltsgröße dividiert wird. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird unter Berücksichtigung der Entwicklung der Jahre 2002 bis 2005 geschätzt, wie auch die Anteile der Haushalte mit 1-, 2-, 3-, 4-, und mehr Personen, für die Jahre 2006 bis 2025 auf geschätzten Werten beruhen. Im Ergebnis stehen somit Angaben über die durchschnittliche Größe und die Zahl der Privathaushalte, differenziert nach Haushaltsgrößen, zur Verfügung.

Der Vorteil dieser Methode liegt in der vergleichsweise einfachen Berechnung, diese kann mit entsprechender Statistiksoftware in wenigen Minuten durchgeführt werden.

„Die Utopie einer vorgedachten Lebensform [...] konnte sich nicht mit Leben füllen. [...] weil modernisierte Gesellschaften mit ihren Systemzusammenhängen über Dimensionen einer Lebenswelt, die der Planer mit seiner Phantasie ausmessen könnte, hinausreichen.“ (vgl. Habermas, S. 23, 1985) Vorzüglich kann die Kritisierbarkeit von Prognosen kaum formuliert werden. So hängt die Aussagekraft in entscheidender Weise von der Qualität der zugrunde liegenden Annahmen über die zukünftige Entwicklung ab. Freilich sind diese nicht willkürlich getroffen worden, sie werden in einem interministeriellen Arbeitskreis abgestimmt. In diesem Gremium sitzen Vertreter aller betroffenen Ressorts der Landesregierung und des Statistischen Landesamtes. Gleichwohl ist das Ableiten von Aussagen über die Zukunft aus den Entwicklungen der Vergangenheit durchaus nicht zweifelsfrei zu bewerkstelligen. Nun dienen als Grundlage dieser Haushaltsprognose eben nicht nur Einschätzungen zur durchschnittlichen Haushaltsgröße, sondern im Rahmen der Bevölkerungsprognose, auch Annahmen über die zukünftige Fertilität, Mortalität und Migration<sup>1</sup> in Sachsen-Anhalt. Aus diesen Unwägbarkeiten erklärt sich, dass derartige Prognosen in regelmäßigen Abständen neu berechnet werden, um somit die getroffenen Annahmen, gegebenenfalls den Realitäten anzupassen. Darüber hinaus liegt in diesem speziellen Fall ein zeitlich-technisches Problem vor. Diese Prognose wurde im Sommer 2007 erstellt, gleichzeitig ist die Kreisgebietsstruktur des Landes vollständig verändert worden (vgl. Gesetz zur Kreisgebietsreform, 2005). Diese Änderungen sind in den Ergebnissen des Mikrozensus 2007 jedoch nicht berücksichtigt worden, sodass keine regionalisierten Daten vorlagen und demnach die Prognose nur die Fläche des Landes insgesamt betrachten kann. Regional differenzierte Ergebnisse sind erst mit der vollständigen Anpassung des Mikrozensus an die neue Gebietsstruktur des Landes zu erwarten (vgl. Fucke, S. 10, Halle/Saale 2008).

Diese einleitenden Ausführungen mögen genügen, um dem Leser einen Eindruck zum Problem und zur Methodik dieser Arbeit, zu geben. Ebenso legen diese die Vermutung nahe, dass die demografischen Probleme Sachsen-Anhalts, den Privathaushalt in Größe, Anzahl und personeller Zusammensetzung nicht unberührt lassen. Diese These gilt es im nächsten Teil, mit den statistischen Ergebnissen der Haushaltsprognose, zu unterfüttern.

---

<sup>1</sup> Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Wanderungen sind die zentralen Bewegungsgrößen der Bevölkerungsstatistik, vgl. dazu: Mueller, U./ Nauck, B./ Diekmann, A. (Hrsg.): Handbuch der Demographie 1, Springer-Verlag 2000

## 2 Die Privathaushalte Sachsen-Anhalts im Überblick

Die Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt zeichnen für die Zukunft ein reichlich dunkles Bild. Dies hat Folgen für die Wohnungswirtschaft, denn so wie die Bevölkerung schrumpft wird sich auch die Zahl der Privathaushalte stark rückläufig entwickeln. So ist nach derzeitigem Stand davon auszugehen, dass die Zahl der Haushalte von 1.200.900 in 2006 auf 1.008.300 im Jahr 2025 zurückgehen wird. Dies entspricht einem Verlust von 192.600 Haushalten, also eine Reduzierung um 16 %. Das Statistische Bundesamt geht in seiner Trendvariante<sup>2</sup>, der kürzlich veröffentlichten Haushaltsprognose für die gesamte Bundesrepublik, dagegen von einem Zuwachs um 895.000 auf dann etwa 40.486.000 Haushalte aus, also ein Plus von 2,3 % (vgl. Statistisches Bundesamt, S. 11, 2007). Nun ist der Rückgang in Sachsen-Anhalt recht beachtlich. Verglichen mit der Bevölkerungsabnahme von 20 % (4. Regio., 2007)<sup>3</sup>, fällt jedoch eine Differenz von 4 Prozentpunkten auf. Dass aber die Zahl der Privathaushalte nicht im gleichen Ausmaß abnimmt wie die Bevölkerung, ist darauf zurückzuführen, dass die Haushalte kleiner werden, also weniger Menschen in einem Haushalt leben: 1991 waren es durchschnittlich noch 2,39 Personen, für 2025 werden dagegen nur 1,96 Personen für jeden Privathaushalt prognostiziert, in der Trendvariante des Bundesamtes sogar nur 1,95 (für Deutschland insgesamt). Diese Entwicklung hatte in der Vergangenheit eine Zunahme der Haushaltszahl zur Folge: Diese stieg von 1991 bis 2000 um 28.300 auf einen Höchstwert von 1.222.700, obwohl die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 204.524 Personen zurückging. Zukünftig wird sich dennoch die Zahl der Haushalte rückläufig entwickeln, da die Größe der Bevölkerung weiter abnimmt und davon ausgegangen wird, dass sich der Trend zu immer kleineren Haushalten nur moderat fortsetzt. Gleichwohl läuft die konstante Fortschreibung dieser Tendenz Gefahr, von der Realität eingeholt zu werden. So musste die Berechnung korrigiert werden, da aktuelle Mikrozensusergebnisse zeigten, dass sich die Haushalte zwischen 2005 und 2006 deutlicher als zuvor angenommen verkleinert hatten. Dies führte zu einer Korrektur der Haushaltsgröße im Prognosejahr 2025 von durchschnittlich 1,99 auf 1,96 Personen und damit auch näher an die Prognose des Bundesamtes. Mit einer Durchschnittsgröße von 1,99 Personen wäre die Haushaltszahl unter die Grenze von einer Million gerutscht.

---

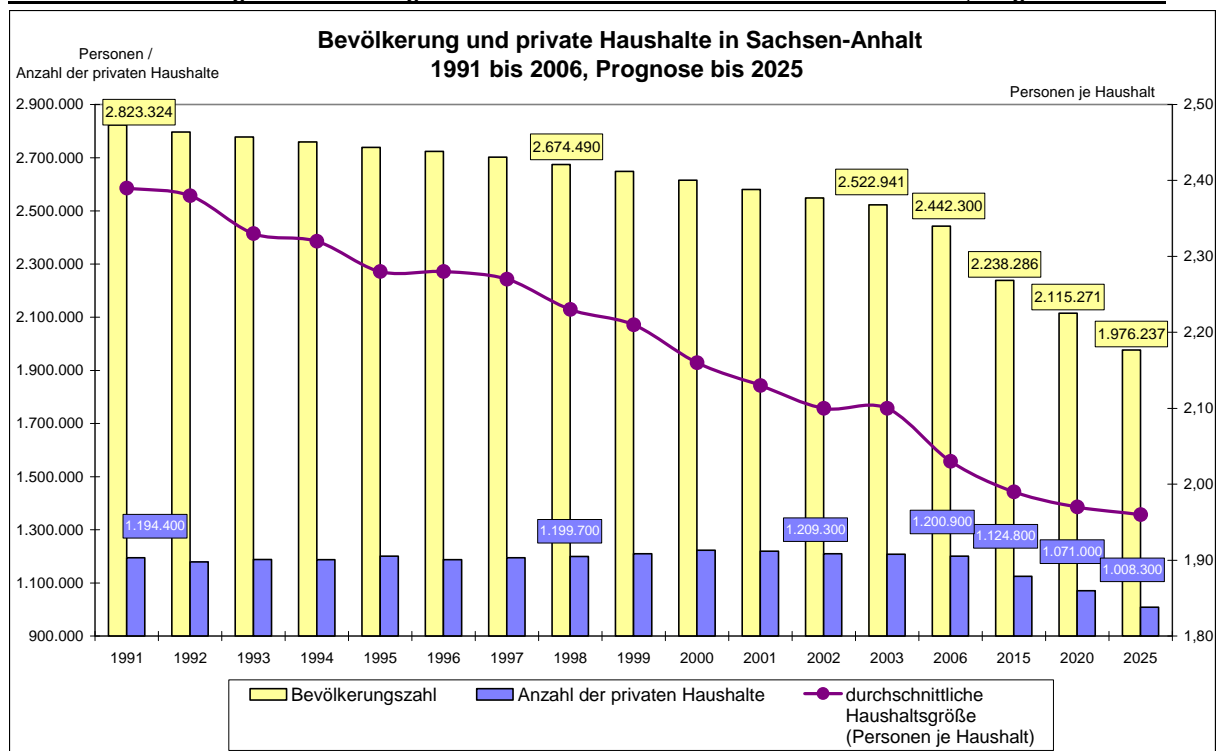
<sup>2</sup> Diese Variante basiert im Gegensatz zur Status Quo Variante auf dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren, einer Exploration von Mikrozensusdaten seit 1972. Dieses Modell ist mit großer Wahrscheinlichkeit zukunftstauglicher und dient daher als Vergleichsmaßstab.

<sup>3</sup> Aus Platzgründen verwende ich im Folgenden diese Abkürzung für die „4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt 2005 bis 2025“, Statistisches Landesamt, Halle/Saale 2007



Ogleich für die Variable „Haushaltsgröße“ eine konstant abnehmende Zahl unterstellt wird, kann davon ausgegangen werden, dass der numerische Haushaltsrückgang eine ganz eigene Dynamik entfalten wird. In den neun Jahren von 2006 bis 2015 wird sich die Anzahl der Privathaushalte (PHH) um 76.100 verringern. Dagegen wird in dem deutlich kürzeren Zeitraum von 2015 bis 2020 ein Rückgang von 53.800 PHH und in den folgenden fünf Jahren bis 2025 eine weitere Abnahme von 62.700 PHH erwartet. Die Zahl der Privathaushalte wird demnach bis 2015 jährlich um durchschnittlich 0,7 % abnehmen. In den Folgejahren wird sich diese Abnahmerate beschleunigen, bis im Jahr 2025 mit 1,3 % annähernd die doppelte Rate – jeweils bezogen auf das Vorjahr – erreicht ist. Diese Dynamik ist die Folge des „Demografischen Echos“, einem Synonym für die zukünftigen Wirkungen des Geburtenrückgangs der mittleren 1990er Jahre (Wendeknick). Dieser hatte seinen Tiefpunkt 1994 mit einer Fertilität von 0,8 Kindern je gebärfähiger Frau. Diese vergleichsweise schwach besetzten Kohorten rücken ab etwa 2014 in das Haushaltsgründungsalter vor und begründen durch ihre numerisch dünne Besetzung den beschleunigten Haushaltsrückgang. Dieses Phänomen zeigt gleichzeitig, dass Bevölkerungsprognosen keineswegs Spekulation oder „Kaffeessatzleserei“ sind. Vielmehr ist die demografische Entwicklung – jedenfalls für diesen vergleichsweise kurzen Horizont – maßgeblich von den Entwicklungen der Vergangenheit determiniert.

**Abb.1: Die Entwicklung der Bevölkerung und Privathaushalte in Sachsen-Anhalt 1991 bis 2006, Prognose bis 2025**



Quelle: 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen, (Istwerte: 1991 bis 2006, Prognosewerte bis 2025)

Abbildung 1 fasst die bisher referierten allgemeinen Aussagen zur Entwicklung der Bevölkerung und Privathaushalte für Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1991 bis 2025 zusammen.

Der Vergleich dieser Kennziffern, mit denen der Bundesstatistik für die östlichen Flächenländer, offenbart, dass Sachsen-Anhalt wohl in deutlich stärkerem Ausmaß vom Haushalts- und Bevölkerungsrückgang betroffen sein wird. So wird in den Jahren von 2007 bis 2025 ein Rückgang der Haushaltszahl von 454.000 auf 6.148.000 PHH (-6,9 %) bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang um 12,7 % prognostiziert. Das ungleiche Verhältnis, aus Bevölkerungs- und Haushaltsabnahme, zwischen den östlichen Flächenländern und Sachsen-Anhalt, resultiert aus der Differenz der Haushaltsgröße, denn die Bundesstatistiker gehen in der Trendvariante von durchschnittlich nur 1,87 Personen je Privathaushalt in den östlichen Flächenländern aus. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob unsere durchschnittlich 1,96 Personen je Haushalt eine realistische Annahme sind. Müsste man dagegen auch in Sachsen-Anhalt mit 1,87 rechnen, würde die Zahl der Haushalte um knapp 50.000 PHH weniger schrumpfen.

Für die Wohnraumplanung sind Kennziffern, wie durchschnittliche Haushaltsgröße und Anzahl der Privathaushalte allein, nicht ausreichend. Daher wird in der vorliegenden Prognose auch die Frage nach der personellen Zusammensetzung der Haushalte untersucht. Hierbei wird nach Haushaltstypen mit 1-, 2-, 3-, 4-, sowie 5 und mehr Mitgliedern differenziert. Grundsätzlich werden, so sich an den heutigen Vorzeichen nichts ändert, die großen Mehrpersonenhaushalte auch die größten Verluste erfahren, während der Einpersonenhaushalt auf relativ stabilem Niveau verharrt.

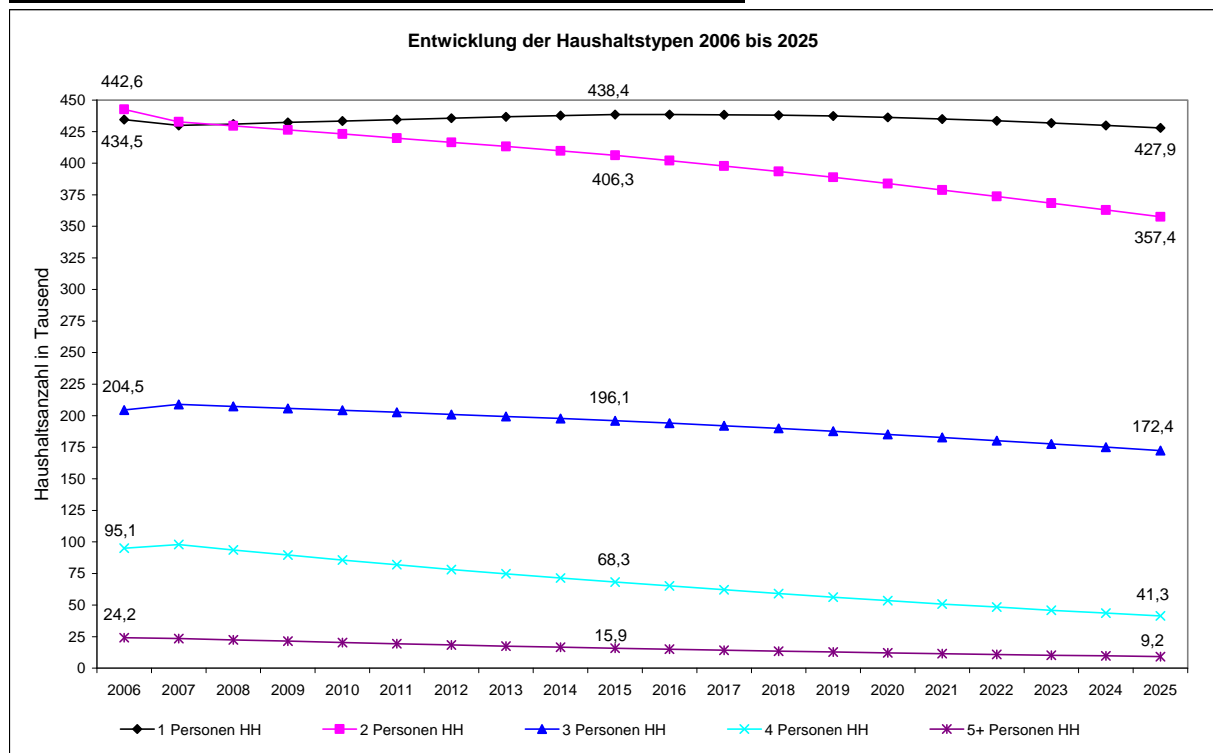
Von den etwa 24.200 Haushalten (2 % der Gesamthaushalte), in denen heute fünf und mehr Personen leben, werden im Jahr 2025 noch etwa 9.200 (0,9 % der Gesamthaushalte) gezählt werden. Mit einem Rückgang von fast zwei Dritteln erfährt dieser größte Haushaltstyp auch die größten Verluste. Eine ähnlich deutliche Abnahme ist für die Vierpersonenhaushalte zu konstatieren, hier wird sich die Zahl der Haushalte mit 41.300 im Jahr 2025 mehr als halbiert haben. Der Anteil an allen Haushalten liegt hier heute noch bei 8,2 %, wird in Zukunft aber deutlich auf 4,1 % schrumpfen.

Mit 15,7 % fallen die Verluste beim Dreipersonenhaushalt dagegen schon deutlich geringer aus. Der Anteil an der Gesamtzahl aller Haushalte wird hier stabil bei etwa 17 % bleiben, obwohl eine Abnahme von 32.100 auf 172.400 Privathaushalte für das Jahr 2025 prognostiziert wird. Ursache ist in diesem Fall, dass der Rückgang in etwa der durchschnittlichen Abnahme aller Privathaushalte entspricht. Die in absoluten Zahlen

stärksten Verluste sind, mit einem Minus von 85.200, bei den Zweipersonenhaushalten zu zählen. Gleichwohl ist der Anteil an den Gesamthaushalten nur leicht rückläufig, dieser liegt heute bei 36,3 % (442.600 Haushalte), im Jahr 2025 werden es noch 35,4 % (357.400 Haushalte) sein.

Konträr zur Entwicklung der Mehrpersonenhaushalte, verläuft diese für den Einpersonenhaushalt. So bleibt die Zahl dieser Haushaltsform mit einer Abnahme von nur 6.600 (-1,5 %) relativ stabil. Gleichzeitig nimmt der Anteil an den Gesamthaushalten deutlich zu, sodass im Jahr 2025 fast die Hälfte (42,4 %) aller Haushalte Sachsen-Anhalts, nur eine Person beherbergen werden. Zudem wird die Anzahl dieser Haushalte bis in das Jahr 2016 noch auf 438.500 leicht steigen und erst in den Folgejahren moderat auf 427.900 zurückgehen. Insgesamt werden also nur die großen und größten Haushaltstypen Verluste erfahren, während die Zahl der Einpersonenhaushalte nahezu konstant bleiben wird.

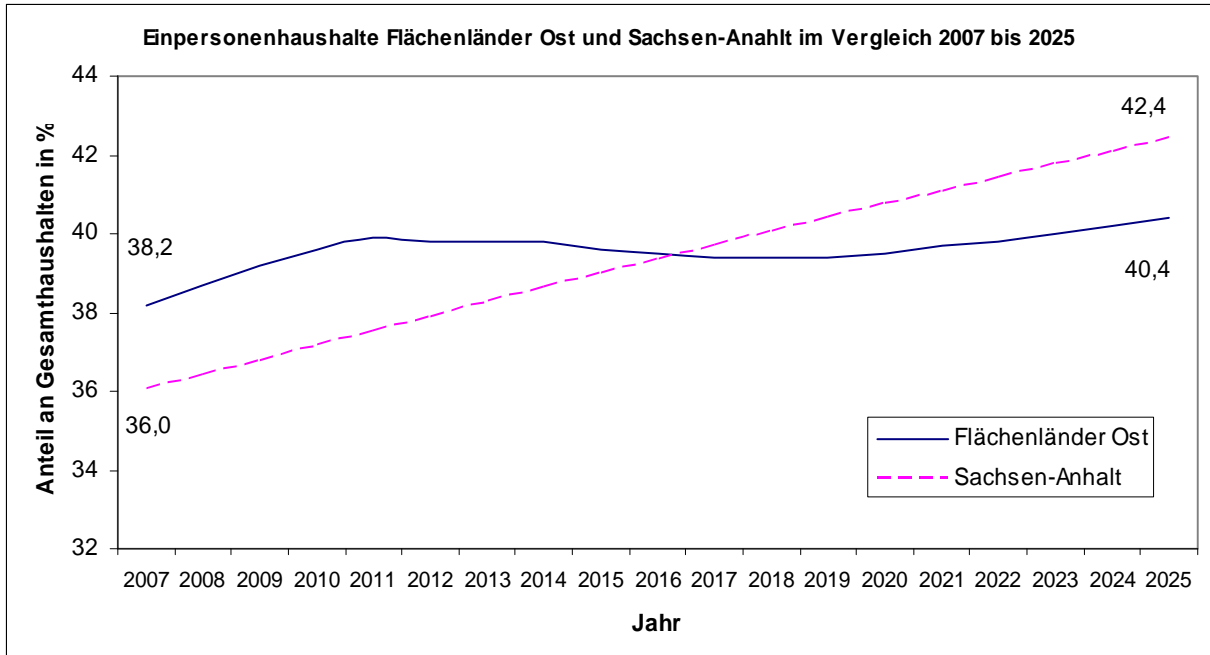
**Abb. 2: Die einzelnen Haushaltsstrukturtypen im Vergleich 2006 bis 2025**



Quelle: 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen

Ein differenziertes Bild bringt der Vergleich der Landesprognose, mit den Daten der Prognose für die östlichen Flächenländer des Statistischen Bundesamtes. Wie Abbildung 3 zeigt, nimmt der Einpersonenhaushalt heute noch einen kleineren Anteil an den Gesamthaushalten ein, als dies in den östlichen Flächenländern insgesamt der Fall ist.

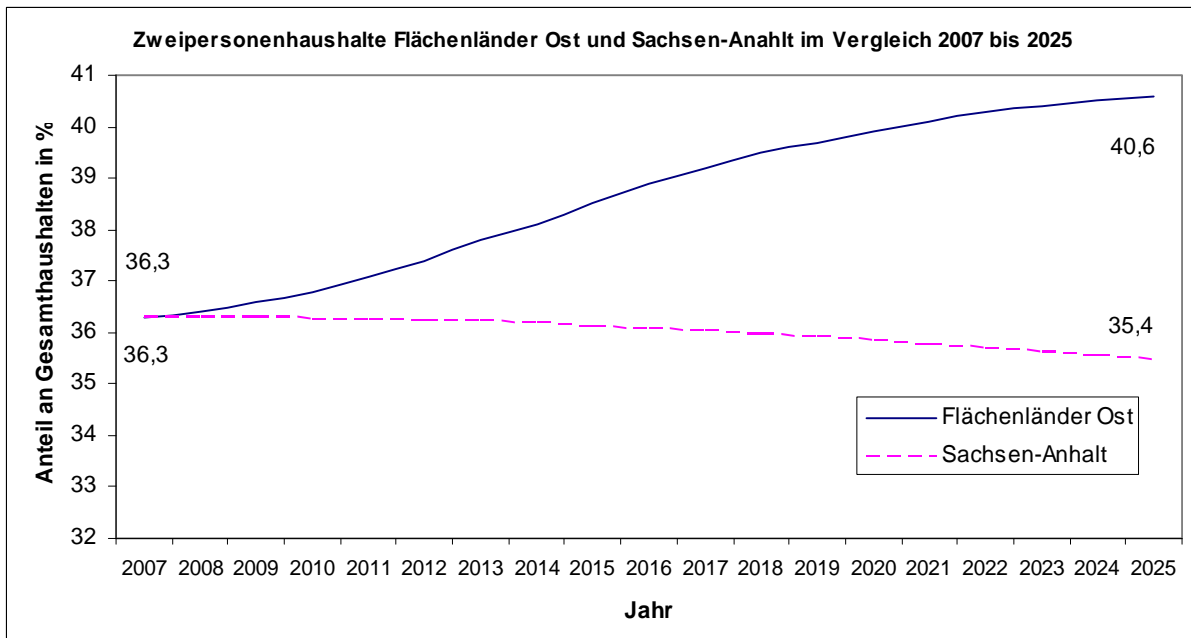
**Abb. 3: Die Anteile der Haushaltsstrukturtypen im Prozentvergleich 2007 bis 2025**



Quelle: Haushaltsvorausberechnung StBA 2007, 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen

Dies wird sich in Zukunft ins Gegenteil wandeln, sodass die meisten Haushalte in Sachsen-Anhalt von einer Person bewohnt werden.

**Abb. 4: Die Anteile der Haushaltsstrukturtypen im Prozentvergleich 2007 bis 2025**

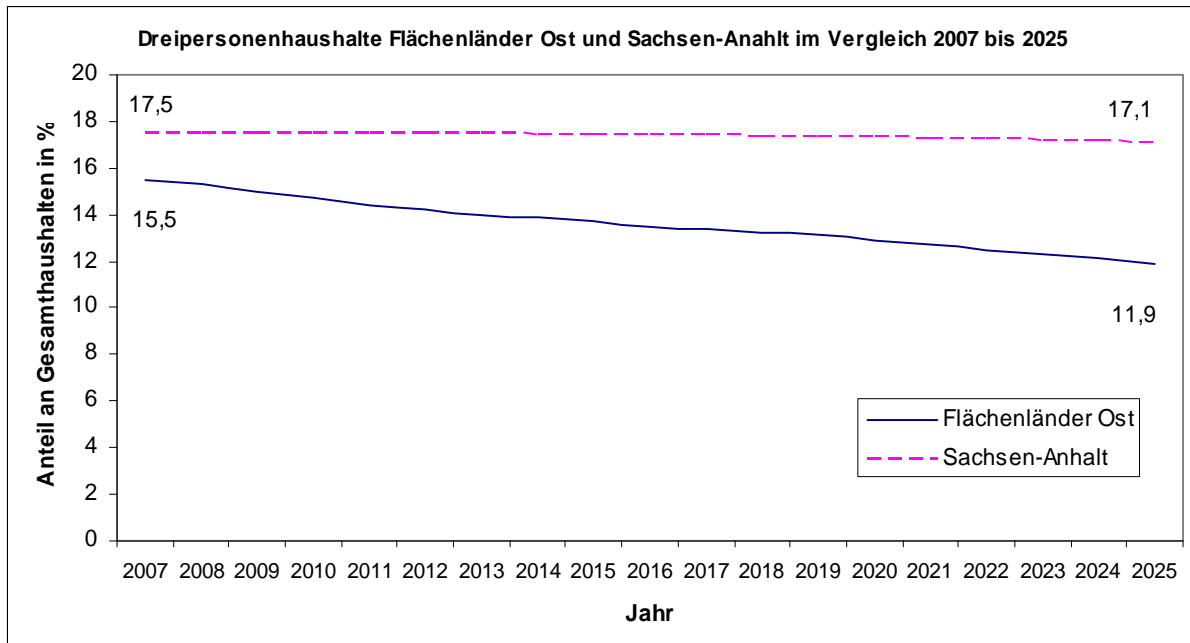


Quelle: Haushaltsvorausberechnung StBA 2007, 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen

Der Haushalt mit zwei Mitgliedern dagegen wird in Sachsen-Anhalt deutlich vom Durchschnitt der anderen Länder abweichen (5,2 %), obwohl die Ausgangslage heute noch identisch ist. Weiter fällt auf, dass es in den Ländern insgesamt keine einzelne, dominierende Haushaltsform geben wird, da die Einpersonens- und Zweipersonenhaushalte jeweils ~ 40 %

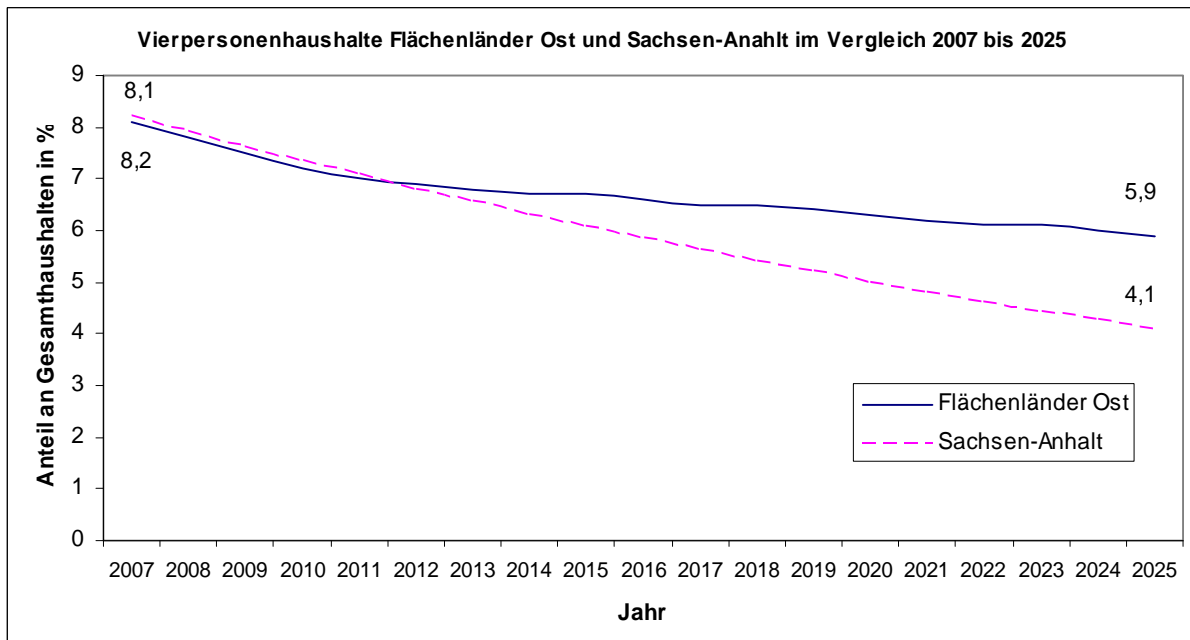
der Gesamtanteile einnehmen. Mit einem ähnlichen Abstand (5,6 %) aber umgekehrten Vorzeichen zeigt sich der Vergleich der Haushalte mit drei Mitgliedern, in Sachsen-Anhalt relativ konstant, in den östlichen Flächenländern eine Abnahme von 3,6 %.

**Abb. 5: Die Anteile der Haushaltsstrukturtypen im Prozentvergleich 2007 bis 2025**



Quelle: Haushaltsvorausberechnung StBA 2007, 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen

**Abb. 6: Die Anteile der Haushaltsstrukturtypen im Prozentvergleich 2007 bis 2025**



Quelle: Haushaltsvorausberechnung StBA 2007, 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen

Der Vergleich der Vierpersonenhaushalte offenbart einen weiteren Beleg für die ungünstigere familiäre Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Obwohl die Entwicklung in beiden Kategorien rückläufig ist, werden sich die Anteile dessen wohl nur hier halbieren. Die Entwicklung der

größten Haushalte mit fünf und mehr Bewohnern verläuft dagegen nahezu identisch von 2 % auf 0,9 % in Sachsen-Anhalt respektive 1,2 % in den Flächenländern insgesamt.

Im Ergebnis muss konstatiert werden, dass die Vermutung einer überdurchschnittlich negativen Entwicklung in Sachsen-Anhalt, Bestätigung erfährt. Der Einpersonenhaushalt wird anteilig gewinnen, derweil größere Haushalte zu den Verlierern zählen oder auf dem heutigen Niveau verharren. Obgleich die Entwicklung der östlichen Flächenländer prinzipiell in dieselbe Richtung weist, sind die anteiligen Verluste hier nicht so deutlich, der Zweipersonenhaushalt gewinnt ungefähr so viel, wie der Einpersonenhaushalt im Land Sachsen-Anhalt. Weiter fällt auf, dass die Entwicklungen unserer Haushaltsprognose im Vergleich sehr konstant verlaufen. Dies sollte aus wahrscheinlichkeitstheoretischer Perspektive eher für alle Länder zutreffen, da hier kleinere Schwankungen durch die größere Gesamtzahl der Fälle ausgeglichen werden. Ich vermute, dies ist auf die vergleichsweise große Präzision der Berechnung und die aufwendige Exploration der Mikrozensusdaten seit 1972 zurückzuführen.

Für eine Prognose des Wohnungsbedarfs sind diese Daten allein nicht ausreichend, zusätzlich ist die durchschnittliche Wohnungsgröße bzw. die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner eine wichtige Determinante. Das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt hat in einer Sonderveröffentlichung zur 4. Regio. verschiedene Varianten zum zukünftigen Bedarf berechnet (vgl. Streufert, S. 25-28, 2007). Die Prognose der Landesamtsstatistiker hat jedoch, abweichend von der hier gewählten Methode, die „erforderliche Wohnfläche je Haushalt (82,3 m<sup>2</sup>)“ zur Berechnungsbasis erhoben (vgl. ebd.). Auf dieser Grundlage wurde zunächst die benötigte Gesamtwohnfläche (97,8 Mio. m<sup>2</sup>) für das Basisjahr 2005 ermittelt. Die Gesamtwohnfläche wurde dann, durch die Gesamtzahl der Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (1.317.420 in 2005) dividiert, um auf die Fläche je Wohnung (74,2 m<sup>2</sup>) zu schließen. Auf Basis der beiden Flächenkennzahlen sowie der Anzahl der Privathaushalte ist der zukünftige Wohnungsbedarf in vier Varianten berechnet worden. Der Quotient (1,11) aus Wohnungsanzahl und der, aus dem Mikrozensus hochgerechneten, Ziffer der Privathaushalte (1.017.600 nach der 2. Regionalisierten Haushaltsprognose), zeigt ein Wohnungsüberangebot von 11 % im Basisjahr an. Das Vorliegen der 3. Haushaltsprognose verlangt im Prinzip eine Korrektur bzw. Erweiterung dieser Rechnung, da einerseits die Zahl der Privathaushalte nach der neuen Prognose auf 1.071.023 PHH in 2020 gestiegen ist, andererseits müsste diese Rechnung bis in das Jahr 2025 fortgeschrieben werden. Es bestehen

jedoch erhebliche Zweifel an der Methode, da die „erforderliche Wohnfläche je Privathaushalt“ nicht eindeutig und zweifelsfrei verifizierbar ist. Einzig die verfügbare Gesamtwohnfläche von 97,94 Mio. m<sup>2</sup> zum 31.12.2006 und die Gesamtzahl der Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (1.314.370 zum 31.12.2006), konnten mir vom Statistischen Landesamt bestätigt werden. Daraus kann jedoch keine Angabe zur Fläche je Privathaushalt abgeleitet werden, da die Flächenangabe wie auch die Zahl der Wohnungen im Land, nicht um leer stehende Wohnungen bereinigt ist. Darüber hinaus ist das Modell grundsätzlich stark vereinfacht, so werden qualitative Aspekte wie Ausstattung und Lage der Wohnungen und die Eigenheimquote nicht berücksichtigt. Weiter ist eine Prognose über das Jahr 2020 hinaus heute kaum haltbar, da im Jahr 2019 der Solidarpakt II planmäßig ausläuft und die finanziellen und ökonomischen Konsequenzen, in Bezug auf die Immobilienwirtschaft, heute in keiner Weise absehbar sind. Ebenso kann heute keine Aussage über einen adäquaten Ersatz dieser Transferzahlungen hergeleitet werden. Einzig an der Aussage, dass in den meisten Regionen des Bundeslandes auch in Zukunft deutlich mehr Wohnraum als nötig zur Verfügung steht, bestehen heute wohl kaum Zweifel.

### **3 Ursachenforschung: Welche Entwicklungen erklären den Haushaltsrückgang?**

Der allgemeine Rückgang der Zahl der Privathaushalte ist natürlich zunächst eine Folge der allgemeinen Bevölkerungsabnahme. Wie aber der „Demografische Wandel“ nicht allein als Bevölkerungsschwund zu verstehen ist, sind strukturelle Veränderungen auch in den Haushaltsformen gezeigt worden. So ist die vergleichsweise drastische Abnahme der Haushalte mit vier und mehr Mitgliedern (-68.800 PHH) auf das anhaltend niedrige Fertilitätsniveau (nur 1,27 Kinder je Frau, vgl. 4. Regio., S.6, 2007) zurückzuführen. Das bedeutet, dass in Zukunft deutlich weniger Familien mit zwei und mehr Kindern in Sachsen-Anhalt leben werden.

Die in absoluten Zahlen stärksten Verluste bei den Zwei- und Dreipersonenhaushalten (-117.300 PHH), sind zu großen Teilen den Entwicklungen der Vergangenheit geschuldet. So rücken die viel zu dünn besetzten Nachwendejahrgänge zukünftig in das Familiengründungsalter vor. Da aber bei diesen Kohorten bis in die Mitte der 1990er Jahre nur die Hälfte der Geburtenzahl von 1989/90 erreicht wurde, werden in Zukunft Zehntausende potenzielle Familiengründer fehlen. Hinzu kommen schwach ausgeprägte familiäre Bindungen. Wurden 1989 noch 25.000 Ehen geschlossen, waren es in den Jahren 1991 bis 2005 nur zwischen

8.300 und 11.000 Eheschließungen jährlich bei gleichzeitig 5.227 Scheidungen im Jahr 2005 (vgl. 4. Regio., S. 5ff, 2007). Auch die deutliche Verschiebung der Familiengründung in einen späteren Lebensabschnitt, hat einen Einfluss auf die Entwicklung der Mehrpersonenhaushalte. So erhöhte sich das Durchschnittsalter bei der Eheschließung um 8,5 Jahre bei den Männern und 8,3 Jahre bei den Frauen. Ebenso werden die wenigen Kinder heute von wesentlich älteren Frauen geboren. Das Alter der Mütter bei Geburt des ersten Kindes lag 1991 bei 22 Jahren, 2005 waren die Frauen bei der Erstkindgeburt im Schnitt 27 Jahre alt (vgl. ebd.). Insgesamt sind die Entwicklungen der Geburtenziffer und die Veränderungen der familiären Strukturen für den deutlichen Rückgang der Mehrpersonenhaushalte verantwortlich. Es ist nach heutigem Kenntnisstand nicht absehbar, dass die Fertilität der Frauen überdurchschnittlich steigen wird und dass die Erosion des tradierten Familienbildes, respektive die Diversifizierung der Lebensstile, aufzuhalten wäre.

Völlig konträr zu den Mehrpersonenhaushalten zeigt sich die relativ konstante Entwicklung der Einpersonenhaushalte. Von den etwas mehr als eine Million Privathaushalten im Sachsen-Anhalt des Jahres 2025, wird fast die Hälfte (42,4 %) nur eine Person beherbergen. Diese Entwicklung stellt bundesweit aber keine Ausnahme dar, so wird laut Haushaltsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung die Zahl der Einpersonenhaushalte bis 2020 bundesweit um über eine Million steigen (vgl. BBR-Prognose, 2005). Verantwortlich für diese Entwicklung sind im Wesentlichen zwei Faktoren. Erstens die Verlagerung der Familiengründung in spätere Lebensphasen oder gar der gänzliche Verzicht auf die Familiengründung, beispielsweise aufgrund gestiegener Opportunitätskosten.<sup>4</sup> Auf der anderen Seite tragen aber auch die ältesten Personengruppen zur Haushaltsverkleinerung bei. So wird die Zahl der Witwe(r)n- und RentnerInnenhaushalte weiter steigen. Die Einpersonenhaushalte werden heute mehrheitlich (56,4 %) von Frauen bewohnt (vgl. Claus/Gruner, S. 186, Magdeburg 2007). Noch größer aber ist dieser Anteil der Frauen in den Altersgruppen von 65 und mehr Jahren, hier sind es über 80 %, weil in dieser Altersgruppe das weibliche Geschlecht stark überrepräsentiert ist. Die Übergewichtung der Frauen wird sich zwar im Jahr 2025 etwas zugunsten der Männer verschieben, gleichwohl werden auch dann noch etwa 83.000 Frauen mehr in dieser Altersgruppe präsent sein (vgl. 4. Regio., 2007). Diese Überrepräsentanz der Frauen ergibt sich einerseits aus der höheren Lebenserwartung der Frauen und auf der anderen Seite ist das männliche Geschlecht dieser

---

<sup>4</sup> Gemeint sind hier monetäre Verluste durch mögliche Einkommensverzichte aber auch mangelnde soziale Partizipationschancen, da diese zu großen Teilen durch Erwerbsarbeit vermittelt werden, vgl. dazu auch: Berger, Frankfurt a. M./New York 1999



höchsten Altersgruppen durch die Folgen der beiden Kriege im 20. Jahrhundert stärker dezimiert worden. Diese Frauen leben heute also häufig verwitwet, geschieden oder ledig (97,2 %), nur 2,8 % der Frauen in den Einpersonenhaushalten sind verheiratet (vgl. Claus/Grüner, S. 188, Magdeburg 2005). Da der Frauenüberschuss auch in Zukunft nicht wesentlich geringer ausfallen wird, werden diese „überzähligen Frauen“ vermutlich auch weiterhin zu großen Teilen in Einpersonenhaushalten leben.

Der Umstand, dass zwischen Sachsen-Anhalt und den ostdeutschen Flächenländern deutliche Differenzen auftreten, hat nach meiner Auffassung zwei Gründe: Erstens lässt die relative Konstanz der Entwicklungen in Sachsen-Anhalt, eine präzisere Berechnung der Bundesamtsstatistik vermuten, zweitens verläuft die demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt in der Tat ungünstiger, als beispielsweise in Sachsen. Für den Freistaat wird, vom dortigen Statistischen Landesamt (4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020), ein Bevölkerungsrückgang in einem Korridor von 6 bis 9 % prognostiziert. Zur Erinnerung: In Sachsen-Anhalt wird derzeit von knapp 20 % ausgegangen.

Die demografische Zukunft – mithin auch die des Privathaushaltes – des Landes sieht, abschließend und im ostdeutschen Vergleich, zunächst wenig verheißungsvoll aus. Der Demografiediskurs erfährt in der Öffentlichkeit eine höchst negative Konnotation, wenn beispielsweise von „Deuschtümelnder Demografiediskurs“ die Rede ist (vgl. Butterwegge, S. 30-33, 2006). Für diesen Demografiedefätismus gibt es jedoch aus meiner Sicht keine plausible Begründung. Die Frage ist eben: Wie kann auf diese strukturelle Umwälzung adäquat reagiert werden? In welchen Formen könnten die Menschen in Zukunft miteinander leben und wohnen? Im Folgenden Teil wird versucht, diese Fragen zu beantworten.

#### **4 Anpassen, Gegensteuern oder Beides?**

Ganz allgemein betrachtet, stehen die verantwortlichen Akteure vor der grundsätzlichen Frage – und diese gleicht einem politischen Pulverfass – ob es sinnvoll und möglich ist, im gesamten Land gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, oder ob bestimmte Metropolregionen gezielt zu unterstützen sind? Konkret meint das, überlässt man den ländlichen Raum sich selbst und konzentriert sich bei Infrastrukturmaßnahmen auf die größeren Städte? Oder aber unternimmt man alles, um den ländlichen Raum zu stabilisieren und setzt dabei darauf, dass marktwirtschaftliche Kräfte die Metropolen selbstständig stärken werden? So wie die

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf Bundesebene höchst umstritten ist (vgl. Barlösius, Bonn 2006), muss die Verpflichtung zur öffentlichen Daseinsvorsorge eben nicht als Aufforderung zur Schaffung gleicher regionaler und lokaler Lebensverhältnisse verstanden werden. Diese Frage mag derzeit noch verfrüht erscheinen: Wenn jedoch regionale Daten vorliegen, wird man sich dem kaum verschließen können und dürfen. Im Nachbarland Brandenburg wird eben diese Frage aktuell und kontrovers diskutiert. Dort hatte ein, im Auftrag des Brandenburgischen Landtages erstelltes, Gutachten (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007), Prämienzahlungen für den Umzug aus ländlichen Gebieten in städtische Ballungszentren gefordert. Dies hat erwartungsgemäß zu heftigen und reflexartigen Abwehrreaktionen geführt. Solch vorschnelle Festlegungen mögen die Öffentlichkeit kurzfristig beruhigen können, langfristig und politisch ist dies wenig hilfreich. Zudem wird der Diskussionspielraum unnötig verengt (vgl. „Tagesspiegel“ vom 11.09.2007 und „Immobilienzeitung“ Nr. 39 vom 4.10.2007). Aber wie auch immer man diese Frage beantwortet, innovative Konzepte wären in beiden Fällen nötig.

Analog zur Landesregierung, die eine Doppelstrategie im Sinne von „Anpassen und Gegensteuern“ verfolgt, werden meine Vorschläge gleichfalls nach diesem Muster unterbreitet. So wie die Bevölkerung des Landes spürbar abnehmen wird, wird sich auch die Zahl der Privathaushalte stark rückläufig entwickeln (-192.600 PHH). Auf diese Entwicklung muss zunächst mit „anpassen“ reagiert werden, da ein „Gegensteuern“ mittelfristig keinen erfolgreichen Einsatz von Ressourcen verspricht. Die Entwicklung der Haushaltszahl ist, in diesem Modell, unmittelbar an die demografische Entwicklung gekoppelt, deren Korrektur nur in einem Horizont von mehreren Jahrzehnten gelingen kann. Die Entwicklungen der vergangenen 17 Jahre sind vor diesem Hintergrund zunächst einmal zu akzeptieren und auch klar zu artikulieren, um auf diesem Wege ein Problembewusstsein in der Bevölkerung zu erzeugen. Ohne dies werden weder der Wille zur Veränderung, noch die notwendigen Ressourcen dafür mobilisiert werden können.

Auf die Abnahme der Privathaushalte muss demnach mit dem Rückbau von Wohnungen reagiert werden. Dieser Rückbau ist von der Landesregierung finanziell im Rahmen des Stadumbauprogramms Ost gefördert worden, mit den von 2002 bis 2006 zur Verfügung gestellten 158 Mio. Euro sind bis zum 31.12.2006 etwa 40.000 Wohnungen abgerissen worden. Der Abriss von weiteren 10.000 Wohneinheiten ist derweil in der Finanzplanung vorgesehen. Diese Summen können den Rückbaubedarf jedoch nicht annähernd decken. So

stehen den in 2007 zur Verfügung stehenden Fördermitteln von ca. 12 Mio. Euro, schon Anmeldungen i. H. v. 63 Mio. Euro gegenüber.<sup>5</sup> Gleichwohl kann die überwiegende Verwendung der Mittel (85 %) für den Abriss von „DDR-Neubaugebieten“ sehr positiv bewertet werden. Die Leerstandsquoten sind in diesen Wohnquartieren überdurchschnittlich hoch und werden sich infolge dessen weiter auf diese Gebiete konzentrieren und so zu einer Kettenreaktion führen (vgl. Simons, S. 74, 2001). Die Einheitlichkeit, der in diesen Wohnblocks angebotenen Wohnungen, entspricht in keiner Weise dem, mit der Wende von 1989/90 errungenem, Ausdruck von Freiheit und selbstbestimmter Lebensführung. Eine empirische Untersuchung zur Wohnsituation von Frauen im Osten kommt zu dem Ergebnis, dass sich „der subjektive Stellenwert des Wohnbereichs im weiblichen Lebensalltag allgemein erhöht hat“. Im Zuge sozioökonomischer Differenzierung wird eine steigende Interdependenz von Wohnsituation und Erwerbsstatus manifest (vgl. Harth, S. 208, 2006). Eine Rücktransformation dieser Entwicklungen erscheint mir recht unwahrscheinlich, daher sollte im Zuge der Rückbaumaßnahmen die Strategie des „Plattenrückbaus“ weiterhin verfolgt werden.

Dies meint allerdings keineswegs das vollständige Abtragen der „Plattenbausiedlungen“. Vielmehr plädiere ich dafür, dass durch die Ausdünnung und das Sanieren und Aufwerten der verbliebenen Wohneinheiten attraktive Wohnquartiere geschaffen werden, die auch von unterdurchschnittlichen Einkommen angemietet werden können. Im Vordergrund soll hierbei die Attraktivität und Qualität der Quartiere stehen, haben diese doch auch einen positiven Einfluss auf die Familienplanung. Selbst in der ländlichen Region können diese Maßnahmen fruchten, da auch hier große Mehrfamilienhäuser von Leerstand und Verfall bedroht sind. Der Rückbau der „Plattenbauten“ sollte schon deshalb nicht vollständig vollzogen werden, da hierdurch das Niveau der Mietpreise, speziell in zentrumsnahen Gebieten, in die Höhe getrieben wird, was gerade an den Hochschulstandorten Nachteile für den Zuzug von Studierenden aus anderen Bundesländern nach sich ziehen wird, denn ein vergleichsweise niedriges Mietniveau wird unter Studierenden sicher als Standortvorteil gesehen. Harald Simons formuliert dieses Prinzip, wie folgt: „Magdeburg kann mit zehn Gehminuten vom Theater entfernten, großzügigen Quasi-Einfamilienhäusern werben, während dies in München einer äußerst exklusiven Minderheit vorbehalten ist.“ (vgl. Simons, S. 76, 2001). Zudem wird sich Landesregierung dem Vorwurf aussetzen, mit dem Abriss und der Sanierung aus öffentlichen Mitteln, indirekt der Immobilienwirtschaft „in die Hände“ zu spielen. Staatlich

---

<sup>5</sup> Angaben sind einer Rede des zuständigen Ministers Dr. Daehre vor einem Symposium des Bundes Deutscher Architekten (BDA) am 07.03.2007 in Weißenfels entnommen

geförderter Um- und Rückbau ist also nur eine Seite der Medaille, die privaten Wohnungsgesellschaften müssen natürlich auch einen Teil dieser Aufgabe bewältigen. Der Verkauf dieser Wohnungen an private Investoren, wie etwa in Dresden, kann m. E. eine Perspektive für die Zukunft sein, wenn ein lukratives Nachfragepotenzial erreicht ist. Vorstellbar wäre freilich auch der Verkauf in nächster Zeit, da private Investoren vermutlich besser in der Lage sind, auf einen - zunehmend heterogenen - Wohnungsmarkt in adäquater Weise zu reagieren.

Wenn der Rückbau in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ist damit häufig nur der Abriss von „Plattenbaublocks“ u. Ä. gemeint. Besonders in der Landeshauptstadt Magdeburg gibt es jedoch riesige Brachen mit verfallenden Industrieanlagen des Schwermaschinenbaus. Diese Gebiete liegen zum Teil näher am Stadtzentrum als viele neu ausgeschriebene Bebauungsflächen auf der so genannten „Grünen Wiese“. Dieser Entwicklung muss denke ich, durch Abriss der Industriebrachen mit anschließender Ausschreibung als Bauland für Eigenheime bzw. kleinere Mehrfamilienhäuser entgegengewirkt werden. Ist das Nachfragepotenzial für die Ausschreibung als Bauland nicht gegeben, kann anstelle dessen eine Revitalisierung als Grünfläche oder Sport- und Freizeitanlage geplant werden. Alternativ dazu ist aber auch die Nutzung als Parkplatzfläche für Besucher der Stadt möglich. Diese Überlegung führt dazu, dass man die Innenstadt für Nichtanliegerfahrzeuge sperrt, um diese dann mit dem ÖPNV in die Innenstadt zum Einkaufsbummel zu führen. Für das allgemeine Stadtbild und damit ein familienfreundliches Wohnumfeld, aber auch für die Geschäftsinhaber in den Innenstädten, wird eine solche Zentralisierung und Belebung sicher positive Anreize bringen. Der Begriff „Wachstum“ muss in diesem Kontext eine andere Konnotation erlangen, namentlich nicht als „quantitatives Wachstum“, vielmehr muss ein „qualitatives Wachstum“ die bestimmende Prämisse sein.

Unter dem Terminus Stadtrück- und Umbau kann aber nicht nur das Abreißen der Plattenbauten und Industriebrachen verstanden werden. So müssen beispielsweise auch die Wasserversorgungs- und Entsorgungssysteme der schrumpfenden Wohnbevölkerung angepasst werden, da diese Systeme bei geringerer Fließgeschwindigkeit nicht optimal funktionieren, oder nur durch größeren Aufwand und damit höhere Kosten ihrer Funktion gerecht werden können. Punktuell wird ein Rückbau unumgänglich sein. Diese können dann durch flexible Systeme wie den „Rollenden Kanal“ ersetzt werden. Der „Rollende Kanal“ ist ein mobiles Abwasserentsorgungssystem (vgl. Agster, 2000), dabei wird das Abwasser in

einer Sammelgrube gehalten, dann mit einem Spezialfahrzeug abgepumpt und in eine kommunale Entsorgungsstation oder Kläranlage transportiert. Ebenso kann eine Förderung von vollbiologischen Kleinkläranlagen punktuell sinnvoll sein. Insgesamt muss demnach bei allen nötigen Rückbaumaßnahmen, die gesamte infrastrukturelle Situation vor Ort in die Überlegung einbezogen werden, um Fehlplanungen auszuschließen und Kosten zu sparen.

Der Rückbau von Wohneinheiten muss natürlich auch der zukünftigen Wohnungsnachfrage gerecht werden. So konnte hier gezeigt werden, dass das numerische Niveau der Einpersonenhaushalte konstant bleibt, ergo sollte sich der Rückbau prioritär auf große und größte Wohneinheiten konzentrieren: Denn, selbst in dem demografiekritischen und schon deshalb sehr empfehlenswerten Buch „Weniger sind mehr“ des kürzlich verstorbenen Karl Otto Hondrich, wird konstatiert, dass unsere Gesellschaft am Rand erodiert, wenn die Großfamilien weniger und die Kinderlosen mehr werden (vgl. Hondrich, S. 18ff, 2007). Es ist in dieser Form natürlich nicht möglich jedes Detail zu beschreiben, ebenso können hier keine generalisierbaren Vorschläge unterbreitet werden, da sich die jeweiligen Lösungen den individuellen Gegebenheiten vor Ort anpassen müssen. Aber auch hier ist es ratsam, die Umbaumaßnahmen möglichst flexibel zu gestalten, um auf denkbare Änderungen schnell und günstig reagieren zu können. Man könnte hier beispielsweise an Trockenumbau größerer Wohnungen denken, sodass Änderungen am Grundriss auch wieder rückgängig gemacht werden können. Selbst die Plattenbauten aus DDR Vergangenheit können, zugegeben unter größerem Aufwand, neuen Bedürfnissen angepasst werden. Auf der anderen Seite kann der Umstand, dass weniger Menschen in großen Wohneinheiten zu Hause sind, auch als Standortvorteil begriffen werden, da mehr Fläche für innovative Umbauten und ein größeres Maß an Lebensqualität zu Verfügung stehen. Eine qualitative Studie zeigt, dass vor allem ältere Frauen großzügige Dimensionen bevorzugen, um der Aufgabe gewohnter Lebensvorgänge zu entrinnen. Dazu gehören zum Beispiel große Bäder mit Dusche, Badewanne und Waschmaschinenstellplatz ebenso, wie eine großzügig dimensionierte Küche (Narten, S. 31ff, 1997). Diese Überlegungen führen dann dazu, dass größere Wohneinheiten eben nicht abgerissen werden müssen, vielmehr können hier kleinteilige, altersgerechte Wohnquartiere entstehen. Zudem befinden sich die großen Wohnungen vor allem in älteren Gebäuden, die dem Denkmalschutz unterliegen und daher nicht ohne Weiteres abgerissen werden können.

Wie hier gezeigt wurde, leben die meisten älteren Frauen heute allein in Einpersonenhaushalten. Nach einer Studie zur Wohnsituation älterer Menschen in Sachsen-Anhalt im Auftrag des Sozialministeriums (vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg 2003) lebten im Jahr 2002 nur 2,6 % der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren in Seniorenheimen. Zudem, so geht aus dieser Studie hervor, wollen die meisten Senioren so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben. In diesem Fall können die leer stehenden großen Wohneinheiten in offene, altersgerechte Wohnkomplexe verwandelt werden. Altersgerechtes Wohnen meint in diesem Kontext zunächst einmal barrierefreie Ein- und Zugänge in alle Räumlichkeiten, Fahrstühle oder Lifte anstelle von Treppen und den Umständen angepasste Küchen- und Sanitärausstattungen. Der Terminus „Barrierefrei“ impliziert aber mehr: So müssen die Wohnungen mit rutschfesten Fußböden, ohne große Stufen oder andere „Stolpersteine“, großzügiger Beleuchtung besonders in den Wohnungszugängen, Handläufen an beiden Seiten von Treppen und mit Sicherheitssystemen ausgestattet sein. Unter dem Begriff Sicherheitssysteme können neben dem Einbruchschutz vor allem selbstabschaltende elektrische Verbrauchsgeräte oder Gasherde usw. verstanden werden. Weitere Kriterien zur Barrierefreiheit von Wohnraum sind in der DIN 18025 festgeschrieben. Darüber hinaus muss das Umfeld den Wünschen und Nöten älterer Menschen angepasst sein, das heißt in erster Linie, dass alle zum Lebensunterhalt nötigen Wege in fußläufiger Entfernung liegen. Hierzu zählen natürlich vor allem Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Apotheken, aber eben auch Räume zum geselligen Beisammensein (Volkssolidarität), Postämter oder Behörden. Ebenso müssen die öffentlichen Verkehrsmittel in kürzester Zeit erreichbar sein.

Ich halte die Offenheit der Wohnkomplexe in diesem Zusammenhang für besonders wichtig, weil dadurch neue soziale oder gemeinschaftliche Netzwerke (Kieze) entstehen könnten. Der Vorteil dessen ist offensichtlich. Die älteren Bürger müssen nicht in ghettohafte Altersheime ziehen, sondern können vielmehr ihr Leben selbstbestimmt in offenen Wohngemeinschaften bestreiten, wobei die eigene Wohnung innerhalb dieser Gemeinschaft, Raum zum privaten Rückzug bietet. Darüber hinaus bleibt das Ortsbild erhalten, da die Gebäude weder abgerissen noch dem schleichenden Verfall überlassen werden müssen. Der Terminus „Kiez“ wird vermutlich schnell mit den Fernsehbildern aus „Lindenstraße“ oder „GZSZ“ assoziiert. Hradil verweist jedoch auf empirische Ergebnisse, die zeigen, dass eine Mischung aus derart unterschiedlichen Lebensstilen und Wohnformen den Menschen tendenziell wenig zusagt. Die Mehrheit gibt demnach an, von einem Ein- oder Zweifamilienhaus am Stadtrand zu

träumen (vgl. Hradil, 2001). Ich sehe hier jedoch keinen Grund, die Vorstellung vom Kiez aufzugeben, diese könnten für Menschen ähnlicher Lebensstile oder Gewohnheiten eine realistische Wohnalternative sein. Zudem gibt Hradil zu bedenken, dass die Menschen häufig in Wohnungen zu Hause sind, die von den geäußerten Wohnvorstellungen abweichen (vgl. ebd.).

Freilich sind diese Angebote nicht flächendeckend möglich, zudem sind die Lebensumstände der betroffenen Menschen höchst divergent. Jedoch gerade für die alleinstehenden älteren Frauen müssen adäquate Konzepte – wie beispielsweise der Beginenhof (vgl. Föbel/Hettinger, S. 47ff, 2000) – angeboten werden. Der Beginenhof ist eine Wohnform, die zwischen dem 12. und 14. Jahrhundert in Belgien und den Niederlanden entstand. Auf diesen Höfen wohnten alleinstehende Frauen oder Witwen ungeachtet des Vermögens oder gesellschaftlichen Standes zusammen und bildeten gleichsam eine religiöse Gemeinschaft. Im Unterschied zum Kloster konnten die Frauen aus dieser Gemeinschaft jedoch wieder austreten und auch ihr Vermögen behalten. Diese Höfe waren wirtschaftlich autark agierende Gemeinschaften des Zusammenlebens, die von einer, aus ihrer Mitte für ein Jahr frei gewählten, „Grande Dame“ oder „Meisterin“ geführt wurden. Im Zuge der Frauenbewegung haben sich moderne Beginenhöfe auch in Deutschland konstituiert, die jedoch auf das christlich-religiöse Fundament weitgehend verzichten und mithin eine Form des gemeinschaftlichen aber auch selbstbestimmten Lebens darstellen. Selbst Männer haben Gemeinschaften gebildet, diese hießen „Begarden“ (vgl. Föbel/Hettinger, S. 52ff, 2000). Die aktuellen Beispiele<sup>6</sup> zeigen, dass diese Form des Zusammenlebens auch in einer säkularen Welt möglich und sinnvoll oder gar sinnstiftend sein kann.

Nun ist diese Wohnform nicht zwingend für ältere Frauen prädestiniert. Vorstellbar ist ein solches Konzept auch als Mehrgenerationenhaushalt. Jedoch, das Verständnis von einem Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach, hat sich heute gewandelt (vgl. Kohli et. al., S. 177, 2005). War dies früher auf die Familie bezogen, dass also beispielsweise drei Generationen derselben Familie einen gemeinsamen Haushalt führen, kann dieses Konzept heute auch ohne die familiäre Bindung verstanden werden. So sehe ich in dem Beginenhof, vor allem für alleinerziehende junge oder auch ältere Mütter, ein Wohnkonzept, das familiäre Strukturen teilweise ersetzen kann. Während die Mütter ihrer täglichen Arbeit nachgehen, können die älteren Bewohnerinnen einen Teil der Erziehung der Kinder

---

<sup>6</sup> Beginenhof in Bremen [www.beginenhof.de](http://www.beginenhof.de) und [www.dachverband-der-beginen.de](http://www.dachverband-der-beginen.de)

übernehmen. Im Gegenzug sind die jüngeren Mütter den älteren Frauen bei der Verrichtung schwerer Aufgaben, der Pflege oder dem Einkauf behilflich. Die Vorteile sind offensichtlich. Die jungen Mütter erhalten Hilfe bei der Erziehung der Kinder und müssen nicht auf eine Erwerbstätigkeit oder kulturelle Partizipation verzichten. Zudem profitieren die Mütter von den reichhaltigen Erfahrungen der älteren Frauen bei der Erziehung der Kinder. Da die älteren in dieser Konstellation einen unmittelbaren Einfluss auf die Sozialisation der Kinder haben, kann ein größeres Verständnis für die Lebensumstände und Probleme der älteren Bevölkerung erzielt werden. Zudem können Werte und Normen, die in einer säkularen Welt schwinden, schon im Kindesalter vermittelt werden, was dann zu einem größeren Verständnis über die Generationen hinweg führen könnte. Darüber hinaus kann den Älteren eine ausfüllende und vor allem gesellschaftlich wertvolle und anerkannte Beschäftigung geboten werden.

Ein solches Zusammenleben über mehrere Generationen muss jedoch nicht nur für Frauen möglich sein. Ebenso kann dies für alte alleinstehende Männer oder Familien, junge Menschen oder Familien, kurz für jeden und in jeder Situation, ein gewinnbringendes Wohnkonzept sein. So würden neue „Wahlverwandtschaften“ entstehen können, da die Teilnahme an derartigen Projekten freiwillig ist. Studenten könnten mit Senioren zusammenleben und über die gegenseitige Hilfestellung, analog zum Beginnenhaus, neue soziale Netzwerke konstituieren. Die demografiekritische Perspektive sieht in diesen „Wahlverwandtschaften“ einen von drei „Mechanismen der Selbsterhaltung“ (vgl. Hondrich, S. 124, 2007), denn die beteiligten Personen entscheiden selbstständig wer zur Familie gehört und infolge dessen zentrale Familienfunktionen übernimmt (vgl. ebd.). Selbstverständlich kann keine Landesregierung diese Ideen im Zuge der Gesetzgebung anordnen. Daher denke ich, führt der Weg zum Erfolg über die Initialisierung von Modellprojekten. Dazu müssten zunächst, über eine Informationskampagne, interessierte BürgerInnen gewonnen werden, die dann im nächsten Schritt ein, von der Landesregierung unterstütztes, Wohnprojekt initiieren. Im Erfolgsfall kann und muss dann die Förderung solcher Projekte auch aus privaten Mitteln (Wohnungsgenossenschaften) gewährleistet werden. Eine Regierung kann hier aber Impulse setzen.

Die Landesregierung erarbeitet derzeit Vorschläge, um den ländlichen Raum in seiner Struktur zu erhalten und zu stabilisieren (vgl. Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt, S. 80ff, Magdeburg 2007). Ich halte es grundsätzlich für verfehlt, den ländlichen Raum quasi „abzuschreiben“, jedoch vor dem Hintergrund finanzieller Notlagen plädiere ich



für eine Abwägung, welche Projekte einer staatlichen Förderung bedürfen und welche aus eigener Initiative entstehen müssen. Eines der größten Probleme ist die Abwanderung, besonders der jungen Menschen, aus den Dörfern, da diese, neben anderen Gründen, die Urbanität der Großstadt bevorzugen. Nach meiner Auffassung kann diese Entwicklung kaum aufgehalten werden. Nicht zuletzt ist das Verlassen des Heimatortes eben eine Erweiterung des persönlichen und geistigen Horizonts, die vielen jungen Menschen wärmstens zu empfehlen ist. Den Begriff der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ würde ich neu definieren. Es sollte die Konzentration auf das absolut Notwendige, wie etwa die Gewährleistung von Krankentransporten, im Vordergrund stehen. Menschen, die ein Leben auf dem Land bevorzugen, müssen dann davon ausgehen, dass in dünn besiedelten Gebieten kein staatlicher finanzierter ÖPNV zur Verfügung stehen kann. So muss beispielsweise der Schulweg der Kinder von den Einwohnern selbstständig organisiert und finanziert werden, wenn eine Schule im Ort nicht finanzierbar ist. Zur Thematik Schule im Ort sei hier auf die Vorstellungen des "Berlin – Institut für Bevölkerung und Entwicklung" verwiesen. Dort wird für das Bundesland Brandenburg eine globale Mittelvergabe für das Schulwesen postuliert, also ohne, dass die Vergabe an bestimmte Vorgaben zur Schulform oder Klassenstärke geknüpft wäre (vgl. Gutachten Brandenburg, S. 21ff, Berlin 2007). Demnach soll sich die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln einzig an den Ergebnissen, der wie auch immer gearteten Schulform, orientieren. Schon weil die betroffene Bevölkerung in den ländlichen Regionen, die Lage der schulpflichtigen Kinder kompetenter beurteilen kann, ist ein Globalhaushalt grundsätzlich auch in Sachsen-Anhalt in Betracht zu ziehen. Zudem verlangt die gewünschte Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2007) ein demokratisch und selbstständig denkendes Individuum, setzt also ein auf Selbstständigkeit und Subsidiarität basierendes Staatsverständnis voraus. Dies kann jedoch nicht erzwungen werden, es muss vielmehr erlernt werden, was dann in der Schule beginnen muss. Um jedoch ältere, weniger motivierte Menschen anzuregen, könnten Zukunftswettbewerbe aufgelegt werden. Hier könnten, gestaffelt nach Ober-, Mittel-, Grundzentren und einzelnen Dörfern, die besten und erfolgreichsten Ideen prämiert werden. Dieser Wettbewerb muss dabei möglichst offen gehalten werden, um der Kreativität und Ideenvielfalt der betroffenen Bevölkerung keine Fesseln anzulegen. Als Prämie wäre dann die schnelle und vor allem unkomplizierte Förderung der Ideen in Aussicht zu stellen. Erfolg versprechende Konzepte können dann in Modellregionen realisiert werden, um auf diesem Wege weitere Anreize für Problemregionen zu setzen.

## 5 Schlussbetrachtungen

Dort, wo sich der Mensch aus der Natur zurückzieht, gewinnt diese Raum zur ursprünglichen Besiedlung zurück, dies mag kaum bezweifelt werden. Die heutigen Vorzeichen lassen einen großflächigen Rückzug des Menschen vermuten, soviel ist in diesem Bericht gezeigt worden. Ebenso wird deutlich, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt von diesem Rückzug, im Vergleich mit den ostdeutschen Flächenländern, besonders deutlich betroffen ist und welche Konsequenzen für den Privathaushalt zu erwarten sind. Daneben bestand die Aufgabe darin, mögliche Erklärungen für diese Entwicklungen zu zeigen, um daraus Handlungsalternativen abzuleiten. Ich habe dies unter dem Thema „Anpassen, Gegensteuern oder Beides?“ versucht. Dabei fällt jedoch auf, dass eine solche Trennung wenig sinnvoll scheint. Auch wenn die skizzierten Entwicklungen, aus Sicht einer verantwortungsbewussten Landesregierung und in einer auf quantitatives Wachstum ausgerichteten Gesellschaft, höchst negativ sind, war ich versucht, nicht in einen Pessimismus zu verfallen. Vielmehr habe ich meine Vorschläge an einer qualitativen Verbesserung der Lebensumstände orientiert. Kann nun ein solcher Paradigmenwechsel vollzogen werden und verbessern sich im Zuge dessen die Perspektiven der Menschen, halte ich eine Verbesserung der demografischen Situation – im Sinne einer Reduktion der Abwanderung – für möglich. Insofern ist ein „Anpassen“ automatisch auch ein „Gegensteuern“. Ökonomisches Wachstum allein wird dies nicht leisten können, es verbessert aber die zur Anpassung notwendige Ressourcenausstattung. Hondrich formuliert folgendes Gesetz: „Hohe Produktivität der Arbeit erzeugt niedrige Reproduktivität.“ (vgl. Hondrich, S. 65, 2007). Insofern halte ich es für erfolgsversprechender, sich den Gegebenheiten anzupassen.

Für den methodisch ausgebildeten Leser werden die Datengrundlagen und die skizzierten Prognoseverfahren vermutlich vielfältigen Raum zur Kritik bieten. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass bisher kein einheitlicher „Königsweg“ zur Vorhersage von Privathaushalten entwickelt worden ist. Im Nachbarland Brandenburg etwa werden derzeit zwei unterschiedliche Verfahren erprobt (vgl. Hübner, Dresden 2006). Andere Bundesländer führen derartige Prognosen bisher noch gar nicht durch und stützen sich daher auf die Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung oder des Statistischen Bundesamtes. Insofern ist dieses Papier gleichzeitig ein Plädoyer für eine genuine Volkszählung anstelle des „Registerzensus“ im Rahmen der EU weiten Volkszählung 2011, um eine möglichst valide Datengrundlage zu generieren. Darüber hinaus bietet das Entwickeln eines zuverlässigen Prognoseverfahrens, reichlich Raum für weitere Forschungen. Wie hier gezeigt wurde, hat die

Zuverlässigkeit der Bevölkerungsvorausberechnungen einen entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Haushaltsprognosen. Nach heutigem Stand sind aber auch diese nicht zweifelsfrei und unreflektiert hinzunehmen. Beispielsweise geben selbst die Demografen vom Rostocker Max-Planck-Institut zu bedenken, dass die Zahl der Geburten und die Anzahl der Personen im Höchstalter wahrscheinlich nicht den realen Gegebenheiten entsprechen (vgl. dazu Scholz/Jdanov, 2007 und Kreyenfeld, 2004).

Weiterer Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der Entwicklung neuer Wohnungskonzepte. Dies kann kaum hinreichend aus soziologischer Perspektive geleistet werden. Im Sinne von interdisziplinärer Forschung sollten hier Architekten und Bauingenieure, Historiker und Philosophen sowie Wirtschaftswissenschaftler und Politologen eingebunden werden. Natürlich kann auch dann, wie Habermas feststellt (vgl. Habermas, S. 23, 1985), die Zukunft nicht geplant werden, vielmehr können aus der Analyse von Veränderungen, Anpassungsvorschläge unterbreitet werden.

*Fraglich ist nicht, dass der Wolf kommt, sondern ob und wie der Mensch damit leben kann?*

## 6 Literatur

### 6.1 Monografien, Sammelbände und Zeitschriftenaufsätze

**Agster, Rainer:** Die zukünftige Abwasserwirtschaft in den EU-Beitrittskandidaten Polen, Ungarn und Estland, Diplomarbeit vom Februar 2000 an der FH Bremen, gefunden bei [www.diplom.de](http://www.diplom.de)

**Barlösius, Eva:** Gleichwertig ist nicht gleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), S. 16-22, Heft 37, Bonn 2006

**Baulig, Friedrich Wilhelm:** Wohnen Morgen. Kundenpräferenzen und Produktinnovationen, in: Michels, W./Suntum, U. van (Hrsg.): Wohnen Morgen – Aber wie? [12. Münsteraner Wohnungswirtschaftliche Gespräche, 20. September 2001], S. 39-47, Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 2001

**Berger, H./Hinrichs, W./Priller, E./Schultz, A.:** Privathaushalte im Vereinigungsprozess. Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland, [Stiftung Der Private Haushalt, Bd. 35], Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1999

**Butterwegge, Christoph:** Deutschtümelnder Demografiediskurs. Über die Biologisierung des Sozialen, in: iz3w, Ausgabe 297, S. 30-33, Aktion Dritte Welt e. V., Freiburg i. Br. 2006

**Claus, T./Gruner, M.:** Gender-Report Sachsen-Anhalt 2006. Daten und Fakten zur Lebenssituation von Frauen und Männern, G-I-S-A, Magdeburg 2007

**Föbel, A./Hettinger, A.:** Klosterfrauen, Beginen, Ketzerinnen. Religiöse Lebensformen von Frauen im Mittelalter, Schulz-Kirchner Verlag, Idstein 2000

**Fucke, Bernd:** Voraussichtliche Entwicklung der Privathaushalte bis zum Jahr 2025, in: Statistisches Monatsheft Sachsen-Anhalt, 19. Jg. Heft 4, S. 5-10, Halle/Saale 2008

**Gräbe, Sylvia (Hrsg.):** Privathaushalte im Umbau des Sozialstaats, [Stiftung Der Private Haushalt, Bd. 31], Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 1997

**Habermas, Jürgen:** Die neue Unübersichtlichkeit, 1. Aufl., edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1985

**Harth, Annette:** Frauen im Osten – Wohnen nach der Wende, [Beiträge zur Planungs- und Architektursoziologie Bd. 4], Zugl. Kassel, Univ., Diss., 2005, Peter Lang, Frankfurt/M. 2006

**Holtmann, E./Schaefer, R.:** Wohnen und Wohnungspolitik in der Großstadt, Leske + Budrich, Opladen 1996

**Hondrich, Karl Otto:** Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist, Campus Verlag, Frankfurt/M./New York 2007

- Hradil, Stefan:** Gibt's das nur in der Lindenstraße? Das Wohnen der neuen Lebensformen und Lebensstile [Kongress-Programm, Schader-Stiftung (Hrsg.)] 2001
- Hübner, Jürgen:** Wie lässt sich neben der Kopfzahl der zukünftigen Bevölkerung auch die Haushaltszahl verlässlich prognostizieren? In: ifo Dresden berichtet, S. 15-20, Heft 3, ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Dresden 2006
- Kohli, M./Künemund, H. (Hrsg.):** Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey, VS-Verlag, Wiesbaden 2005
- Kreyenfeld, Michaela:** Politikdiskussion fehlt verlässliche statistische Grundlage, in: Demografische Forschung a. e. Hand, 1. Jg., Nr. 3, Rostock 2004
- Mueller, U./Nauck, B./Diekmann, A. (Hrsg.):** Handbuch der Demographie. Modelle und Methoden, Bd. 1, Springer Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 2000
- Narten, Renate:** Wohnbedürfnisse alter, allein stehender Frauen, in: Blonski, Harald (Hrsg.): Wohnformen im Alter. Ein Praxisberater für die Altenhilfe, S. 31-49, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1997
- Preisgekrönt:** Innovative Wohnformen für Ältere, in: Barrierefrei, S. 22-25, Heft 1, 2005
- Schnieder, Bernd:** Familie, Haushalt, Wohnung. Empfehlungen für die Wohnversorgung, in: Salzmann, Bruno et. al.: Demographie und familiäre Aspekte von Arbeitsmarkt und Wohnungsbau, [Materialien zum 5. Familienbericht, Bd. 1], S. 242-264, Juventa, Weinheim 1994
- Scholz, R. D./Jdanov, D. A.:** Verfahren zur Korrektur der Bevölkerungsbestände der amtlichen Statistik im hohen Alter, Discussion Paper No. 8, Rostock 2007
- Simons, Harald:** Abnehmende Bevölkerung – abnehmende Wohnungsnachfrage?, in: Michels, W./Suntum, U. van (Hrsg.): Wohnen Morgen – Aber wie? [12. Münsteraner Wohnungswirtschaftliche Gespräche, 20. September 2001], S. 71-76, Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 2001
- Streifert, Volker:** Mögliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt auf den Wohnungsbedarf, in: 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt 2005-2025. Mögliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf ausgewählte Bereiche, S. 25-29, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 2007
- Wehrli-Schindler, Brigit:** Wohnen im Alter. Zwischen Zuhause und Heim, Seismo Verlag, Zürich 1997

## **6.2 Gutachten, Gesetze und Prognosen**

**4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose** für Sachsen-Anhalt 2005-2025, Bevölkerungsvorausberechnung nach Alter und Geschlecht, Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 2007

**4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose** für den Freistaat Sachsen bis 2020, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2008

**BBR-Wohnungsprognose 2020**, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2005

**Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050.** Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern, StBA, Wiesbaden 2007

**Gesetz zur Durchführung** einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005), BGB Teil 1, Nr. 31, S. 1350ff., Bonn im Juni 2004

**Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung** vom 11. November 2005, GVBl. LSA 2005, S. 692, zuletzt geändert am 19. Dezember 2006, GVBl. LSA 2006 S. 544

**Gutachten zum demografischen Wandel** im Land Brandenburg. Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2007

**Handlungskonzept der Landesregierung** „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ Fortschreibung 2007, Magdeburg im Juli 2007

**Wohnsituation von Seniorinnen** und Senioren in Sachsen-Anhalt, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V., Berlin 2003

## **6.3 Internetquellen**

[www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de), [www.bda-architekten.de](http://www.bda-architekten.de), [www.beginenhof.de](http://www.beginenhof.de), [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org),  
[www.dachverband-der-beginen.de](http://www.dachverband-der-beginen.de), [www.destatis.de](http://www.destatis.de), [www.immobilien-zeitung.de](http://www.immobilien-zeitung.de),  
[www.sachsen-anhalt.de](http://www.sachsen-anhalt.de), [www.schader-stiftung.de](http://www.schader-stiftung.de), [www.stala.sachsen-anhalt.de](http://www.stala.sachsen-anhalt.de),  
[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de), [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de)

## 7 Anhang

**Tabelle 1**

**Entwicklung der Bevölkerung und der Privathaushalte in Sachsen-Anhalt 1991 bis 2025**

Jahr	Bevölkerung	Durchschnittliche Haushaltsgröße (Personen je PHH)	Anzahl der PHH	Anteile der Haushaltstypen in Tausend				
				1 PHH	2 PHH	3 PHH	4 PHH	5+ PHH
1991	2.823.324	2,390	1.194.400					
1992	2.796.981	2,380	1.179.600					
1993	2.777.935	2,330	1.188.800					
1994	2.759.213	2,320	1.187.700					
1995	2.738.928	2,280	1.200.600					
1996	2.723.620	2,280	1.187.400					
1997	2.701.690	2,270	1.194.500					
1998	2.674.490	2,230	1.199.700					
1999	2.649.800	2,190	1.209.500	383,7	430,6	218,7	140,8	35,7
2000	2.618.800	2,150	1.222.700	399,4	441,2	219,0	130,6	32,4
2001	2.583.900	2,130	1.219.100	410,6	440,1	212,9	124,5	30,9
2002	2.550.800	2,120	1.209.200	412,2	431,4	217,8	117,7	30,1
2003	2.525.000	2,090	1.207.800	419,4	435,4	212,8	112,8	27,7
2004	2.496.000	2,080	1.201.400	423,4	436,7	203,9	109,5	27,9
2005	2.461.000	2,071	1.188.300	419,0	430,8	208,0	105,0	25,5
2006	2.442.300	2,034	1.200.900	434,5	442,6	204,5	95,1	24,2
2007	2.421.464	2,030	1.192.839	429,8	432,8	208,9	97,9	23,5
2008	2.397.603	2,025	1.184.001	431,0	429,6	207,3	93,7	22,4
2009	2.373.954	2,020	1.175.225	432,2	426,4	205,8	89,6	21,4
2010	2.350.427	2,015	1.166.465	433,4	423,1	204,3	85,6	20,3
2011	2.327.497	2,010	1.157.959	434,5	419,8	202,7	81,9	19,3
2012	2.305.147	2,005	1.149.699	435,6	416,4	201,0	78,2	18,4
2013	2.283.052	2,000	1.141.526	436,7	413,3	199,4	74,8	17,5
2014	2.260.810	1,995	1.133.238	437,6	409,8	197,7	71,4	16,7
2015	2.238.286	1,990	1.124.767	438,4	406,3	196,1	68,3	15,9
2016	2.215.240	1,987	1.114.867	438,5	402,1	194,1	65,1	15,0
2017	2.191.433	1,984	1.104.553	438,4	397,8	192,0	62,1	14,2
2018	2.166.865	1,981	1.093.824	438,0	393,4	189,9	59,1	13,5
2019	2.141.462	1,978	1.082.640	437,3	388,8	187,6	56,3	12,8
2020	2.115.271	1,975	1.071.023	436,3	383,8	185,2	53,6	12,1
2021	2.088.387	1,972	1.059.020	435,0	378,8	182,8	50,8	11,4
2022	2.060.909	1,969	1.046.678	433,5	373,7	180,2	48,4	10,9
2023	2.032.968	1,966	1.034.063	431,8	368,3	177,7	45,9	10,2
2024	2.004.728	1,963	1.021.257	429,9	362,9	175,0	43,6	9,7
2025	1.976.237	1,960	1.008.284	427,9	357,4	172,4	41,3	9,2

Quelle: 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen, (Istwerte: 1991 bis 2006, Prognosewerte bis 2025)

**Tabelle 2****Vergleich der Prozentanteile einzelner Haushaltstypen der Flächenländer Ost und Sachsen-Anhalt 2007 bis 2025**

Jahr	Haushaltstypen Flächenländer Ost (Bundesstatistik)					Haushaltstypen Sachsen-Anhalt (Landesstatistik)				
	1 PHH	2 PHH	3 PHH	4 PHH	5+ PHH	1 PHH	2 PHH	3 PHH	4 PHH	5+ PHH
2007	38,2	36,3	15,5	8,1	1,9	36,0	36,3	17,5	8,2	2,0
2008	38,7	36,4	15,3	7,8	1,8	36,4	36,3	17,5	7,9	1,9
2009	39,2	36,6	15,0	7,5	1,8	36,8	36,3	17,5	7,6	1,8
2010	39,6	36,8	14,7	7,2	1,7	37,2	36,3	17,5	7,3	1,7
2011	39,9	37,1	14,4	7,0	1,6	37,5	36,3	17,5	7,1	1,7
2012	39,8	37,4	14,2	6,9	1,6	37,9	36,2	17,5	6,8	1,6
2013	39,8	37,8	14,0	6,8	1,6	38,3	36,2	17,5	6,6	1,5
2014	39,8	38,1	13,9	6,7	1,5	38,6	36,2	17,4	6,3	1,5
2015	39,6	38,5	13,7	6,7	1,5	39,0	36,1	17,4	6,1	1,4
2016	39,5	38,9	13,5	6,6	1,5	39,3	36,1	17,4	5,8	1,3
2017	39,4	39,2	13,4	6,5	1,5	39,7	36,0	17,4	5,6	1,3
2018	39,4	39,5	13,2	6,5	1,4	40,0	36,0	17,4	5,4	1,2
2019	39,4	39,7	13,1	6,4	1,4	40,4	35,9	17,3	5,2	1,2
2020	39,5	39,9	12,9	6,3	1,3	40,7	35,8	17,3	5,0	1,1
2021	39,7	40,1	12,7	6,2	1,3	41,1	35,8	17,3	4,8	1,1
2022	39,8	40,3	12,5	6,1	1,3	41,4	35,7	17,2	4,6	1,0
2023	40,0	40,4	12,3	6,1	1,3	41,8	35,6	17,2	4,4	1,0
2024	40,2	40,5	12,1	6,0	1,2	42,1	35,5	17,1	4,3	0,9
2025	40,4	40,6	11,9	5,9	1,2	42,4	35,4	17,1	4,1	0,9

Quelle: Haushaltsvorausberechnung StBA 2007, 4. Regio., StLA, 2007, eigene Berechnungen



# ISOZ Arbeitsberichte/Working Papers

Erhältlich über das Sekretariat Makrosoziologie (Preis: je 2,50 €) oder kostenfrei als Download über die Homepage des Instituts: <http://www.uni-magdeburg.de/isoz/>

Nr. 1	Schrader, Heiko and Agliaya Toporova 2000: Dealing with Pawnshop Services in Saint Petersburg/Russia: The Customers' Perspective . 18 p.
Nr. 2	Dittrich, Eckhard 2000: Ungleich vereint - die deutsche Wiedervereinigung als sozialstrukturelles Projekt. 14 S.
Nr. 3	Angermüller, Johannes 2000: Narrative Analyse und gesellschaftlicher Wandel in der struktural-marxistischen Diskursanalyse am Beispiel von narrativen Interviews mit ArmenierInnen aus St. Petersburg. 20 S.
Nr. 4	Angermüller, Johannes 2000: Constructing National Identity among Ethnic Minorities in the Russian Federation - A Bourdieuean Perspective on Biographical Accounts of Armenians in Saint Petersburg. 18 p.
Nr. 5	Schrader, Heiko 2000: "Geld sofort" - Pfandkredit als Strategie der Lebensbewältigung im russischen Alltag. 27 S.
Nr. 6	Köhler, Georg 2001: Zur Tätigkeit der K1. Ein soziologischer Rekonstruktionsversuch zur Rolle und Stellung der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei der DDR. 54 S.
Nr. 7	Dippelhofer-Stiem, Barbara und Jörg Jopp- Nakath 2001: Lehrveranstaltungen im Urteil von Studierenden. Ein empirischer Beitrag zur Qualitätsmessung. 148 S.
Nr. 8	Stojanov, Christo 2001: Zur Situation der Transformationsforschung. 15 S.
Nr. 9	Kollmorgen, Raj 2001: Postsozialismus im 21. Jahrhundert oder: Wozu heute noch Transformationsforschung? 44 S.
Nr. 10	Schrader, Heiko 2001: Akteurtheoretische Modifikationen für die kulturvergleichende Soziologie am Beispiel Russlands. 18 S.
Nr. 11	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2001: Erzieherinnen im Vorschulbereich. Soziale Bedeutung und Professionalität im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung. 41 S.
Nr. 12	Angermüller, Johannes 2001: Zur Methodologie einer textpragmatischen Diskursanalyse. Felder symbolischer Produktion von französischen Intellektuellen 1960 bis 1984. 21 S.
Nr. 13	Schrader, Heiko 2001: Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen. Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa. 30S.
Nr. 14	Hessinger, Philipp 2002: Mafia und Mafiakapitalismus als totales soziales Phänomen: Ein Versuch über die Beziehungen von Moral und Sozialstruktur in zivilen und nicht-zivilen Gesellschaften. 24 S.
Nr. 15	Schmidt, Melanie 2002: Wie gewaltbreit sind Jugendliche in Sachsen-Anhalt? 24 S.
Nr. 16	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2002: Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts im Portrait. Sekundäranalytische Auswertung amtsstatistischer Daten. 36 S.
Nr. 17	Schrader, Heiko, Nikolai Skvortzov, Boris Wiener 2003: The Islamic and Turkic Factors in Identity Formation Processes and Discourses on Separatism: Dagestan and Tatarstan Compared. 19p.
Nr. 18	Schrader, Heiko 2003: Globalization, Fragmentation and Modernity. 24p.
Nr. 19	Hellmann, Kai-Uwe 2003: Fremdheit als soziale Konstruktion. Vortrag an der FGSE im Juni 2003 im Rahmen des Habilitationsverfahrens. 19 S.
Nr. 20	Schrader, Heiko, Jyothi K.K, and Kamini Prakash 2003: Thrift and Credit Groups in the Formation of a Women's Cooperative. 12 p.
Nr. 21	Kollmorgen, Raj 2003: Analytische Perspektiven, soziologische Paradigmata und Theorien sozialen Wandels - Eine metatheoretische Skizze. 37 S.

Nr. 22	Kößler, Reinhart 2004: Transformation oder Modernisierung? Zur Konzeptionalisierung gesellschaftlicher Umbrüche, nicht nur in Osteuropa. 15 S.
Nr. 23	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Bulgarien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 24	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Tschechien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 25	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Russland: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 26	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Kleinunternehmen im Vergleich: Bulgarien, Tschechien, Russland. 26 S.
Nr. 27	Bhowmik, Sharit K. 2004: Politics of Urban Space in Mumbai: 'Citizens' Versus the Urban Poor. 11p.
Nr. 28	Schrader, Heiko 2004: Landnutzungsrechte als Entwicklungschance: Überlegungen zur städtischen Armutspolitik am Beispiel Mumbais. 20 S.
Nr. 29	Dischinger, Norbert/Mögel, Nicole A. 2004: Wer besucht ein Pfandhaus? Nutzer gewerblicher Mikrokredite in Deutschland. 22 S.
Nr. 30	Ivleva, Irina 2004: Aufstieg und Transformation der Straßenökonomie in Russland: Sozioökonomische Erfahrungen im Zuge der postsozialistischen Entwicklung. 15 S.
Nr. 31	Döll, Patricia 2005: Studieren trotz Krankheit? Zur psychosozialen Lage von kranken und behinderten Studierenden. 20S.
Nr. 32	Lehrforschungsgruppe Türkei 2005: Ist die Türkei reif für Europa? Orientierungshilfen zur Frage eines Beitritts der Türkei zu Europa. 64 S.
Nr. 33	Gruber, Denis 2005: Revision und Aktualität des Konzepts der strategischen Gruppen. 20 S.
Nr. 34	Bhowmik, Sharit K. 2005: Globalisation, Governance and Labour: A Perspective from India. 10 p.
Nr. 35	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2005: Wie gesund sind die Menschen in Sachsen-Anhalt? Befunde des repräsentativen Bevölkerungssurveys „Gesundheit und Wohlbefinden 2003“ im Überblick. 34 S.
Nr. 36	Gruber, D., A. Kirschner, S. Mill, M. Schach, S. Schmekel, Hardo Seligmann: Living and Working in Slums of Mumbai. 47p.
Nr. 37	Potter, Jens 2006: Das deutsche Gesundheitswesen - Ausgewählte Befunde zu den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. 22 S.
Nr. 38	Schrader, Heiko 2006: Social Equality and Social Justice: A Summary of theoretical and empirical approaches. 25 p.
Nr. 39	Schrader, Heiko 2006: Spar- und Kreditvereine als Mittel zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. 17 S.
Nr. 40	Kollmorgen, Raj 2006: Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa: Kontexte, Probleme, Aussichten. 19 S.
Nr. 41	Dippelhofer-Stiem, Barbara/Jopp-Nakath, Jörg 2006: Nach dem Magisterexamen. Einmündung in den neuen Lebensabschnitt und Ertrag des Studiums. Eine Befragung der Absolventinnen und Absolventen des Magisterstudiengangs an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. 46 S.
Nr. 42	Dittrich, Eckhard/Schrader, Heiko/Stojanov, Christo 2006: Die Entwicklung von Kleinunternehmen in Bulgarien, Tschechien und der Russischen Föderation. 22 S.
Nr. 43	Hessinger, Philipp 2006: Rationalitätskonflikte im Reorganisationprozess des Gesundheitswesens - mikropolitische Probleme und Forschungsbedarf. 35 S.
Nr. 44	Detka, Carsten 2007: Biographische Bedingungen für den Umgang mit einer chronischen Krankheit. 18 S.
Nr. 45	Mambetalina, Batima 2007: Lebensqualität in Kasachstan. Eine empirische Untersuchung. 24 S.
Nr. 46	Jopp-Nakath, Jörg/Dippelhofer-Stiem, Barbara 2007: Ein Dienstleister im Spiegel der Kundenzufriedenheit. Das Meinungsbild der Magdeburger Bürger und Bürgerinnen zur

	kommunalen Verwaltung der Stadt Magdeburg 2006. 38 S. und Anhang.
Nr. 47	Kollmorgen, Raj 2007: Transformation als Modernisierung. Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese. 21 S.
Nr. 49	Schrader, Heiko 2008: Entwicklungssoziologie - Eine Begriffsbestimmung. 21 S.